

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 7/20

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

In schwierigen Zeiten kühlen Kopf bewahren: MBI - Nötig wie nie!

Am 13. September finden die Kommunalwahlen in NRW statt. Auch in Mülheim stehen viele verschiedene Listen zur Wahl, dazu 9 OB-Kandidaten und zum ersten Mal die direkte Wahl des Ruhrparlaments. Nach reiflichen Überlegungen hat die Mitgliederversammlung der MBI entschieden, zum einen keinen OB-Kandidaten aufzustellen und zum zweiten, als Wählergemeinschaft wieder anzutreten, und zwar für den Rat und für alle 3 Bezirksvertretungen. Außerdem stehen je 2 MBI'ler auf den Listen der Freien Wähler NRW für das Ruhrparlament und für die Landschaftsversammlung des LVR. Mülheim befand sich auch vor Corona bereits in schwerer Krise, doch mit dem montelangen Zwangstillstand wurde alles erst einmal überlagert. Nach dem Erwachen und dem Ende von Beruhigungspillen durch inflationäres Verschwenken von staatlichen Milliarden, wird demnächst die wohl schwerste Wirtschaftskrise seit der großen Depression 1929 auch in Deutschland einsetzen.



Und die Rezession kommt sicherer als das Amen in der Kirche!

Der teilweise Zusammenbruch der Weltwirtschaft durch die Corona-Maßnahmen trifft das Ruhrgebiet mit seinen vielen Zulieferfirmen u.a. für die krisengeschüttelte Autoindustrie besonders hart. Deshalb ist es überfällig, insbesondere im finanziell bankrotten Mülheim sofort die Prioritäten neu zu bestimmen. Auch wenn das vor den Kommunalwahlen am 13. Sept. noch nicht Thema werden soll, ist eines sicher: "Weiter wie gehabt" wird bald vorbei sein, egal was Parteien, Kandidaten oder Gruppen vor bzw. zu den Wahlen verkünden! Die MBI werden versuchen, erste Schwerpunkte für neue Prioritäten in die Diskussion zu bringen. Mehr auf den folgenden Seiten.

MBI auf facebook! <https://www.facebook.com/MuelheimerBuergerinitiativen/>

Warum soll man/frau im September MBI wählen?

In über 1 Jahrzehnt hat sich immer wieder gezeigt, dass die MBI richtig gelegen haben, egal was die WAZ oder andere Ratsparteien erzählten. Bei Problemen wie der Fallwerkverlagerung, dem Anwohnerparken in der Altstadt, dem geplanten Zubauen der Heimaterde, der Fehlentscheidung zum Kauf von Elektrobussen u.v.m. mussten z.T. langjährig dicke Bretter gebohrt werden, bis dann doch Lösungen im MBI-Sinne kamen.

In wichtigen anderen Problemen und Irrwegen wurden die MBI-Warnungen in den Wind geschlagen wie bei Ruhrbania, der Haushaltskatastrophe, den PPP-Projekten, der Discounter-Ansiedlung in Gewerbegebieten, der Verkehrsführung u.v.m., so dass die Folgen für die Stadt zumeist katastrophal waren.

Eigentlich ist mit den großen Einschnitten für Corona die Zeit überreif für viele Anregungen, Forderungen und Vorschläge, die die MBI seit Jahren vergeblich machten. Man denke nur an die akut nötige Schulentwicklungsplanung, den dringlichen Zusammenschluss der ÖPNV-Gesellschaften, eine völlig andere Baupolitik, die Wiedernutzbarmachung der VHS uswuf..

Die MBI laufen keinem Zeitgeist hinterher und sie nehmen kein Blatt vor den Mund. Wir bemängeln auch die Sprachschere durch Genderisierung, ob *, _, In usw., auch wenn der Unfug noch so sehr als "politisch korrekt" gehandelt wird. Wir nehmen unsere Mitbürger so, wie sie sind, nehmen ihre Vorschläge auf und folgen keiner Ideologie oder Kampagne irgendeiner Parteizentrale. Kurzum: Wir waren, sind und bleiben authentisch ohne Hintergedanken.

Auf den folgenden Seiten:

- Was tun in der schwierigen Situation einer Rezession, wie sie auf uns zukommt??S. 2
 - Je 2 MBI'ler auf der Liste der Freien Wähler für LVR-Verbandsversammlung und RuhrparlamentS. 3
 - Klimaschutz oberste Priorität, aber realistisch! Vorrangig: Flächenverbrauch, Bauwut und Zerstörung verringern, Keine neuen Gewerbeflächen in Grün- und Außenbereichen, Brachflächen nutzen!..... S. 4
- Einlegeblatt: MBI – eine Erfolgsgeschichte trotz schwierigster Bedingungen: "Nötig wie nie -MBI!"**

In der bevorstehenden Rezession die Realitäten akzeptieren!

Was tun in der schwierigen Situation einer Rezession??

1. Vorbedingung: Realitäten zur Kenntnis nehmen!

Die Stadt Mülheim ist mehr als pleite, die Privatisierung inkl. der PPP-Geschäfte bereits sehr weit fortgeschritten, die Innenstadt auch wegen Ruhrbania am Boden, die Verkehrsführung misslungen, der ÖPNV lange vernachlässigt und nun auch noch vor einem fast unbezahlbarem Sanierungsstau, der Filz in verschiedenen Farben, meist rot, hat sich wie Mehltau wieder stärker über fast alle Bereiche der Stadt gelegt und zu allem Überfluss fühlt die älter gewordene deutschstämmige Bevölkerung sich immer mehr bedroht von kriminellen Abzockern auf breiter Front in fast allen Dingen des Alltags (die Stadt selber inbegriffen), von Einbruchserien, von Mietnomaden u.ä., von Zuwanderung aus aller Herren (und Damen) Länder, von immer mehr Zerstörung oder Verkauf ehemaliger Identifikationspunkte mit ihrer Heimatstadt (Stadtbad und Gartendenkmal Ostruhanlagen, Jugendherberge, Gebäude und Bäume Musikschule, Platz der deutschen Einheit zwischen Rathaus und Bücherei, Landschaftsbild Oppspring/Tilsiter Str./Schlippenweg, Aufgang Mausefalle zum Kirchenhügel und auch noch Teile des Auberg). Das Denkmalsterben an Löh- und Auerstr., Scheffelstr. bis Troostsche Weberei, hoffentlich nicht auch noch die einzigartige, denkmalgeschützte VHS in der MüGa geht weiter. Nur mit viel Aufwand konnten engagierte Bürger die denkmalgeschützte Jugendstilhalle in Broich, die Alte Dreherei, und die einzigartige Freilichtbühne nach jahrelanger Vernachlässigung erfolgreich wieder mit Leben füllen, in beiden Fällen mit tatkräftiger MBI-Unterstützung.



In der fast ausweglosen finanziellen Lage muss die Stadt auch kurzfristig und unverzüglich beginnen, die gesamten Prioritäten neu zu definieren. Die Zeit der Geschenke, Hilfen und Sondervergünstigungen für die vielen Corona-Geschädigten wird nur noch kurze Zeit weiterhin möglich sein. Gleichzeitig gilt es, den für schwere Zeiten typischen Krisengewinnlern nicht auf den Leim zu gehen, wenn sie die noch verbliebenen attraktivsten Grundstücke, Gesellschaften oder Aufgaben der Daseinsvorsorge haben wollen und dann immer erpresserisch die katastrophale Finanzlage als Begründung dienen wird. Deshalb muss für eine Zukunftsfähigkeit der Stadt gelten:

2. Vorbedingung:

Schutz des Bestandes und wieder größerer Einfluss der Kommunalpolitik in allen Bereichen der Daseinsvorsorge und der Identifikation der Bürger mit bestimmten Gebäuden, Einrichtungen, Denkmälern, Grün- und Erholungsflächen usw.

Als wichtigstes Projekt wird dabei der Rückkauf von Anteilen am RWW anstehen, was durch Verkauf von RWE-Aktien bezahlt werden könnte. Seit kurzem gehören 80% des RWW nun zu EON. Der Energieerzeuger zählt das lebenswichtige Wasser nicht zu seinen Schwerpunkten.

Schwieriger wird es sein, die anderen Projekte der Teilprivatisierung (MEG, medl, SEM, SWB usw.) und die unzähligen PPP-Projekte (Schulen, 2 Feuerwehre, Medienhaus, stadthistorisches Museum, Haus der Wirtschaft, etliche KiTas) wieder unter alleinige städtische Regie zu bekommen. Nur dadurch aber würden feste Einnahmen für Pflichtaufgaben dauerhaft und vollständig bei der Stadt verbleiben.

Ein wichtiger, nicht finanziell direkt messbarer Schwerpunkt von sinnvoller Stadtpolitik muss es sein, den Bürgern ihre Identifikationspunkte mit ihrer Stadt zu erhalten. Dazu gehören u.a. wichtige Naherholungsgebiete wie Auberg, Winkhauser- und Hexbachtal, Raffelberg, Rumbachtal u.v.m.. Wenn wie durch Ruhrbania oder etliche Bauprojekte immer mehr Schönheiten der einst „sympathischen Stadt an der Ruhr“ an Immobilienspekulanten gingen, so litt das „Heimatgefühl“ bereits beträchtlich, was dem Zusammenhalt nicht dienlich ist.

Je 2 Mülheimer auf der Reserveliste der Freien Wähler für LVR-Verbandsversammlung und für das RVR-Ruhrparlament

Die MBI sind Mitglied im Landesverband NRW der Freien Wähler (FW)



Liste Freie Wähler für das RVR-Ruhrparlament



Wilfried Adomeit (EBB) aus Essen ist der Spitzenkandidat, Kevin von der Bey (MBI, Bild links) auf Platz 2 und Dietmar Berg (MBI) auf Platz 11

Die Freien Wähler NRW bestimmten am 15. Januar 2020 die Kandidaten für die Wahl des RVR-Ruhrparlaments, welches zum ersten Mal am 13. September direkt von der Bevölkerung an der Urne gewählt wird. Zweifelsohne wird der Regionalverband Ruhr (RVR) für die Metropole an Bedeutung gewinnen. Das d i r e k t



gewählte Ruhrparlament ist auch deshalb umso wichtiger und wird deutlich an Bedeutung zulegen. Insbesondere nach den großen Zusammenbrüchen in Folge des Corona-lockdowns wird eine viel stärkere Zusammenarbeit bis hin zu Fusionierungen für die Krisenregion Ruhr die zentrale Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein.

Der Regionalverband Ruhr mit Sitz in Essen ist der Zusammenschluss der 11 kreisfreien Städte und vier Kreise (inkl. derer 42 Städte) in der Metropole Ruhr mit rund 5,1 Millionen Einwohnern. Der RVR ist die regionale Klammer für die Städte des Ruhrgebiets und Regionalplanungsbehörde für die „Metropole Ruhr“.

FW- Liste für die LVR-Landschaftsversammlung

Henning Rehse (Wermelskirchen) Platz 1, Lothar Reinhard (MBI, Bild rechts) auf Platz 7

Die Freien Wähler stellten die personellen Weichen für die Kommunalwahl am 13. September. Für die Verbandsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) wurde am 09.05. Henning Rehse aus Wermelskirchen erneut zum Spitzenkandidaten bestimmt.

Aus Mülheim wurde Lothar Reinhard von den MBI auf Platz 7 gewählt. Jürgen Weinzierl auf Platz 19 ist der zweite MBI-Vertreter auf der LVR-Liste.



„Der Landschaftsverband leistet eine hervorragende Arbeit und leistet viel für die Menschen im Rheinland. Aber auch hier steht vieles von dem Erreichten auf dem Spiel. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Einbrüche durch die Corona-Krise und die Haushaltsverschlechterungen der Kommunen in Deutschland



Qualität für Menschen

von bis zu 50 Mrd. EUR ist es dringend geboten, die solide und zurückhaltende Wirtschaftspolitik des LVR fortzuführen. Darauf werden wir als Freie Wähler in den kommenden 5 Jahren achten,“ so Lothar Reinhard. Der LVR erfüllt als Kommunalverband rheinlandweit Aufgaben in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und der Kultur. Er ist mit rund 19.000 Mitarbeitern und einem Jahresbudget von rund 4,1 Mrd. Euro der größte Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen in Deutschland, betreibt 41 Schulen, zehn Kliniken und drei Netze heilpädagogischer Hilfen sowie 19 Museen und Kultureinrichtungen. Er engagiert sich für eine inklusive Gesellschaft in allen Lebensbereichen.

„Auch Mülheim profitiert in starkem Maße von der Arbeit des LVR.“ ergänzt Reinhard.

Klimaschutz oberste Priorität, aber realistisch!

Klimaschutz war im MBI-Wahlprogramm 2014 bereits ein vorrangiges Thema und die MBI forderten Klimaschutz als Querschnittsaufgabe. Das bedeutet hohe Priorität bei allem, wie z. B: Flächenverbrauch, städtische Gebäude, Verkehr, Stadtplanung, Wasserschutz, Vermeidung von CO₂-Emissionen und ebenso die vorrangige Berücksichtigung der nicht mehr abzuwendenden Konsequenzen des Klimawandels wie heißere Sommer, mehr Starkregen usw. bei der gesamten Stadtplanung.

Leider dauerte es Jahre, bis die MBI-Forderungen sich auf allen Ebenen durchgesetzt haben. Allerdings wird Vieles seit Fridays for Future naiv und weltfremd überhöht, was dann wirkliche Verbesserungen im Klimaschutz stark behindert. Auch der "Klimanotstand" ist rein symbolisch und wenig zielführend.

Ob Klimapolitik sinnvoll ist, ist keine Frage mehr. Das Problem ist vielmehr die Finanzierung. Die MBI treten dafür ein, Investitionen vorrangig in Gebäudesanierung und Energieeinsparung vorzunehmen. Die Notwendigkeit, den Autoverkehr einzudämmen, erfordert auch in Mülheim vor allem eine Verbesserung des ÖPNV als Alternative, was gerade in Mülheim bisher nur Chaos, Ratlosigkeit, Gutachteritis und Geldverschwendung bedeutete. MBI-Forderung: „Den ÖPNV völlig umorganisieren und attraktivieren“

Die Auswirkungen des Klimawandels vor Ort zu begrenzen ist vorrangig eine kommunale Aufgabe. Das betrifft insbesondere die Vermeidung weiterer Bodenversiegelung, bzw. die Zurückgewinnung schon betonierter und bebauter Flächen. Versiegelte Böden erhöhen die Hochwassergefahr, senken den Grundwasserspiegel und verschlechtern das Stadtklima. Heißere Sommer erfordern zusätzliche Begrünung durch mehr und auch stärker bewachsene Flächen, Straßenbäume, Dach- und Fassadenbegrünung. Die Überschwemmungsbereiche der Ruhraue und des Rumbachtals inkl. der Hänge zum Tal hin müssen von zusätzlicher Bebauung freigehalten werden wegen erhöhter Hochwassergefahr durch häufigere Starkregen.

Ein wesentlicher Bereich bei Klimafolgenanpassung muss im unbedingten Schutz der verbliebenen Teile der Regionalen Grünzüge bestehen. Die MBI hatten deshalb den Antrag gestellt, die Flächen von Hexbach- und Winkhauser Tal sowie die Ruhrhöhen inkl. der Hänge zum Rumbachtal zu Tabuzonen für jegliche weitere Bebauung zu erklären, um die weitere Verschlechterung der Stadtdurchlüftung aufzuhalten. Noch wurde der MBI-Antrag nicht ernst genommen.

Das in den 90er Jahren begonnene Entsiegelungsprogramm wurde später sang- und klanglos ad acta gelegt. Für Ruhrbania wurde die Innenstadt zur Betonwüste, auch in den Stadtteilen wurden haufenweise Grünflächen und noch mehr Bäume dem Bauwahn der letzten Jahre geopfert. Die MBI fordern:

Flächenverbrauch, Bauwut und Zerstörung verringern, u.a. durch

- Neuauflage eines umfassenden Entsiegelungsprogramms (Schulhöfe, Verkehrs-, Parkplatzflächen usw.)
- Wieder-Begrünungsprogramm insbesondere für die Innenstadt mit Bäumen
- Kein weiteres Vergolden von Ackerflächen wie geplant an der Tinkrathstr., dem Fulerumer Feld, dem Schlippenweg oder in Selbeck (u.a. Rumbaum-Gelände) usw.

Gewerbeflächenwünsche von Kämmerer und Wirtschaftsförderung

Im Januar war die Mülheimer Politik entscheidungsunfähig zur Ausweisung großer neuer Gewerbeflächen. Der Widerstand war zu groß und bei fast allen Vorschlägen von M&B-Chef sowie Kämmerer handelte es sich um wenig wirklich umsetzbare Projekte, zudem auch vorwiegend zerstörerisch. Es sollte eine Bewertungsmatrix erstellt werden, um u.a. Flächen wie Winkhauser Tal, Fulerumer Feld, Auberg, Selbeck und Flughafen als geeignet oder nicht geeignet zu bewerten. Nun legten M&B-Chef, Kämmerer und Planungsdezernent eine solche Matrix vor. Nach den Wahlen soll dann der neue Rat damit die diversen Flächen sortieren nach Eignung oder auch nicht. Beschäftigungstherapie? Irgendwie bleibt alles offen, obwohl sich – selbst ohne das ökonomische Corona-Desaster mit noch unbekanntem Folgen – die o.g. Flächen durch die Bank nur als Fehlgriffe herausstellen müssten. **Viel sinnvoller und zukunftsweisender**



wird die Konzentration auf die vielen Brachflächen oder ungenutzten



Gewerbeflächen im Stadtgebiet sein, wobei zu erwarten ist, dass zu der langen Liste, die die MBI eingereicht hatten, mit der Krise noch einige dazu kommen werden!

Nötig wie nie, MBI! Eine Erfolgsgeschichte



Wer oder was sind die MBI?

Die MBI – Mülheimer Bürgerinitiativen – sind eine kommunale Wählergemeinschaft. Sie sind parteiunabhängig und werden sich nicht an Koalitionen mit anderen Ratsfraktionen beteiligen. Es gibt bei den MBI keinen Fraktionszwang und kein imperatives Mandat. Gegründet wurden die MBI 1999 zu den Kommunalwahlen und sind seitdem als Fraktion im Rat und allen 3 Bezirksvertretungen der Stadt Mülheim vertreten. Bei den Wahlen in 1999 erhielten die MBI 5,6% der Stimmen, 2004 10,3% , 2009 11,6% und bei den Wahlen 2014 10,1% .

MBI – Erfolgsgeschichte trotz schwierigster Bedingungen

Bürgerinitiativen (BI's) entstehen immer dann, wenn Bürger/innen sich von Parteien und Ämtern übergangen oder im Stich gelassen fühlen. In Mülheim bildeten sich seit den 80er Jahren deutlich mehr BI'n als in Nachbarstädten.

Filz, verdeckte Korruption und Selbstherrlichkeit in Verwaltung und Politik sowie häufig blindgläubige Investorenhörigkeit haben in unserer Stadt seit den 90er Jahren Blockaden und Fehlentwicklungen erzeugt, die Mülheim im Vergleich zu Nachbarstädten ins Hintertreffen brachten trotz zum Teil viel günstigerer Bedingungen. Viele dieser Fehlentwicklungen gingen und gehen letztlich auf Kosten der Schwächeren bzw. der Allgemeinheit und zu Lasten von Umwelt und Gesundheit.

Auch die schwarz-grüne Koalition der 90er Jahre hatte daran nichts geändert und außer dem Baustopp der Emmericher Straße wurde nichts Wesentliches erreicht. Nachdem die MBI 1999 mit drei Mandaten in den Rat einzogen und in der Folgezeit auf Filz und Korruption, Geldverschwendung und Missstände in der Stadtplanung hinwiesen, fehlte es nicht an Versuchen, die MBI zu blockieren, zu diffamieren und an der Arbeit zu hindern: aussichtslose Strafanzeigen, häufig feindselige Presse, rüde Umgangsformen in den Ausschüssen, Geschäftsordnungstricks, Herauskaufen von Mandatsträgern wie Yassineuswuf.

Trotz aller Widerstände haben die MBI zahlreiche Themen aufgegriffen und in Rat, Bezirksvertretungen und Ausschüssen eingebracht. Viele wichtige Informationen konnten über die eigene Internetseite, Info-Stände und die MBI-Zeitung „MBI informiert“ in die öffentliche Diskussion gebracht werden. Durch eigene Veranstaltungen mit bekannten Experten (z.B. Rügemer, Monheim, Vertreter von Mehr Demokratie) konnten Diskussionen unabhängig von Verwaltung und anderen Fraktionen geführt werden. Teils ergaben sich gerade aus den Veranstaltungen die Gründungen neuer Bürgerinitiativen. Insbesondere waren die MBI auch wesentlich an mehreren Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden beteiligt, haben diese zumeist initiiert und nach Kräften unterstützt. Vor allem aber halfen die MBI bei der Neugründung oder Wiederbelebung von Bürgerinitiativen wie die folgenden Beispiele zeigen:

- ◆ Zuletzt die BI “Stoppt den Renditejagd am Siepental in Mülheim-Menden”, mit der zusammen eine unverträgliche Bebauung am Oesterwindweg verhindert wurde
- ◆ Auch zusammen mit der BI „Schützt Menden“ konnte vor Jahren die Bebauung der Obstwiese am Ortseingang erfolgreich verhindert werden

b.w.

- ◆ Auch bei der BI „Frische Luft für Mülheim“, die eine Bebauung der Äcker Tilsiter Str./Oppspring zumindest über Jahre verzögern und ein wenig reduzieren konnte, waren die MBI bei der Gründung und jahrelangem Widerstand aktiv beteiligt
- ◆ Als zum dritten Mal der Versuch gestartet wurde, den Acker zwischen Tinkrath-, Velauerstr. und Diepenbeck zu vergolden, halfen die MBI bei der Wiederbelebung der BI „Tinkrathstr.“, die aktiv und engagiert das Projekt verzögern konnte, so dass es auch nach 4 Jahren trotz der Mehrheit von SPD/ CDU/Grüne im Rat dafür nicht umsetzbar aussieht
- ◆ Die MBI initiierten z.B. die Gründung der BISS, die mit einem sehr erfolgreichen Bürgerbegehren die Schließung des Freibads in Styrum rückgängig machen konnte.
- ◆ Die Gründung der BI Hexbachtal (städteübergreifend mit Essen und Oberhausen) konnte das Hexbachtal vor den zerstörerischen Kanalbauplänen der Essener Stadtwerke retten.
- ◆ Die BI Contrapid z.B. trug dazu bei, dass das Prestigeprojekt Metrorapid schneller in sich zusammenbrach. Ergebnis: Keine jahrelangen Großbaustellen und unbezahlbaren Vorleistungen für unsere Stadt.
- ◆ Die BI „Emmericher Str.“ und die BI „Kein Fallwerk am Speldorfer Wohngebiet“ konnten aufgrund jahrelanger intensiver Zusammenarbeit mit den MBI ihre Ziele durchsetzen: Statt der Emmericher wurde die Weseler Str. ausgebaut und das hochgradig störende Fallwerk wurde an die Timmerhellstr. verlagert
- ◆ Die Gründung der BI „Historische Gartenstadt Heimaterde“ konnte die zerstörerischen Baupläne von Thyssen-Krupp in den Gärten der Heimaterde großteils blockieren.
- ◆ Die Gründung der BI „Pro Mülheim“ für ein Bürgerbegehren gegen die Ruhrbania-Ruhrpromenade hat die Information und Diskussion und Kritik eröffnet und zeigte erstmals die breite Ablehnung bei den Bürgern gegen das zerstörerische und sündhaft teure Prestigeprojekt von OB Mühlenfeld (SPD) und Dezernentin Sander (Grüne).
- ◆ Die BI „Mülheim Bleibt Unser“ mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid in 2005 und dem zweiten Bürgerentscheid in 2007 gegen weitere Privatisierung von Daseinsvorsorge
- ◆ Die BI „Gaspreise runter“, die erfolgreich gegen die überdimensionierten damaligen Gaspreiserhöhungen der medl kämpfte und bei vielen Kunden die Einbehaltung der Erhöhungsbeträge durchsetzte
- ◆ Die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ wurde von den MBI gegründet, als die VHS 2014 einer Sparkassenakademie geopfert werden sollte. Jahrelanger aktiver Widerstand gegen diverse Versuche, die inzwischen denkmalgeschützte VHS (von den MBI beim Landeskonservator beantragt) von dem hochattraktiven Grundstück entfernen zu können, gipfelte im Bürgerentscheid vom 6. Okt. 2019 mit der großen Mehrheit für die Wiederinbetriebnahme. Noch blockieren Verwaltung und Ratsmehrheit die Umsetzung.
- ◆ u.v.m. wie u.a. BI „Rettet den Auberg“ oder BI „Fulerumer Feld“ oder, und, oder



**Für Transparenz.
Es ist unsere Stadt.**

Bei vielen anderen BI's, Schutzgemeinschaften oder Initiativen einzelner Bürger oder Gruppen konnten die MBI oft erfolgreich informieren und beraten, wodurch in vielen Beispielen entweder das Schlimmste verhindert oder verträglichere Lösungen gefunden werden konnten. Einige von den MBI unterstützte Initiativen wurden allerdings durch Arroganz und Sturheit der Stadt vorerst blockiert. Die MBI haben sich nicht mit den Anträgen und Anfragen in städtischen Gremien begnügt, wo diese oft von der Tagesordnung gefegt und meistens niedergestimmt wurden (um dann oft nach einer kleinen oder längeren Pause als Antrag einer der großen Fraktionen wiederaufzutauchen). Sie haben ihre Anliegen (bzw. die Anliegen der Stadt und ihrer Bürger) auch beim Regierungspräsidenten, bei der Landesregierung, bei der EU-Kommission und teils auch vor Gericht vertreten.

Dass diese Arbeit nicht immer erfolgreich war, ist auch kaum anders zu erwarten, da die MBI (wie auch viele andere Organisationen), gegen einen mächtigen Apparat, verfilzte Strukturen und immense finanzielle Interessen antreten. Trotzdem und gerade deshalb gilt immer noch:

„MBI – Nötig wie nie!“